

Plenarrede von Dr. Bärbel Kofler, MdB am 20. Februar 2014

zum Antrag der Fraktion die Linken „EU-Afrika-Gipfel - Partnerschaft an Gerechtigkeit und Frieden ausrichten“

Sehr geehrter Herr Präsident / sehr geehrte Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Jahr 2007 haben sich afrikanische und europäische Regierungschefs in Lissabon auf Ziele und Handlungsfelder der Zusammenarbeit geeinigt. Der anstehende EU-Afrika-Gipfel in Brüssel sollte jetzt zum Anlass genommen werden, um über Erreichtes und vor allem nicht Erreichtes zu sprechen und eine verstärkte Zusammenarbeit in den Fokus zu rücken.

Zur Zeit erleben wir eine interessante Debatte um die neue Ausrichtung unserer Auswärtigen Politik. Afrika steht dabei im besonderen Focus, die Einbindung in den europäischen Kontext ebenso. Das bedeutet, dass wir mit dem bevorstehenden Gipfel vor einer zentralen Aufgabe stehen, nämlich Afrika als einen Kontinent mit vielen Chancen zu begreifen, der zudem ganz in unserer Nähe liegt, sowie eine stärkere Koordinierung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit voranzutreiben.

Afrika ist bereits Schwerpunktregion der Entwicklungszusammenarbeit. Ich bin aber überzeugt, dass wir unser Engagement noch weiter ausbauen können, und vor allen auch sollten.

Lassen sie mich einige Punkte nennen, die für uns Sozialdemokraten wichtig sind:

1. Für Afrika ist die Bewältigung der Folgen des Klimawandels von besonderer Bedeutung. Trotz des geringen CO₂-Ausstoßes leidet der Kontinent besonders unter der Erderwärmung. Große Stichworte sind auch die Energiearmut und der Erhalt der globalen öffentlichen Güter. Diese „global commons“ müssen gemeinsam fortentwickelt und stabilisiert werden. Denn Klimaschutz kennt keine Grenzen.

Entscheidend dabei ist es, den Zugang zu Energie in den afrikanischen Ländern zu verbessern. Die EU hat versprochen, einen Beitrag zu leisten, dass 100 Mio. Afrikaner Zugang zu Energie erhalten, und zwar bis zum Jahr 2020. Nach meinem Verständnis sind Versprechen dazu da, auch gehalten zu werden. In Punkto nachhaltige und moderne Energieversorgung müssen wir aber auch die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien voranbringen, national wie international. Denn nur so schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass unsere Klimaschutzziele und die der internationalen Gemeinschaft tatsächlich erreicht werden können.

2. Wir Sozialdemokraten wollen im Bereich Wirtschaft und Handel Institutionen stärken und Transparenzinitiativen voranbringen. Rohstoffe dürfen nicht Fluch, sondern müssen Segen für die afrikanischen Länder werden. Diesem Punkt muss noch eine viel stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden, damit die Ressourcen den Bevölkerungen Afrikas auch zu Gute kommen.

Der EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos hat erst vor knapp einem Monat auf der Grünen Woche in Berlin angekündigt, die fragwürdigen Agrarsubventionen für Nahrungsmittelexporte nach Afrika abzuschaffen. Diese Subventionen erlauben es bislang, in Europa produzierte Überschüsse zu Dumpingpreisen auf die Märkte der Entwicklungsländer zu werfen. Auch unser Kollege im Europaparlament, Norbert Neuser, hat dieses schädliche Instrument schon seit langem kritisiert.

Hauptkritikpunkt ist, dass es durch die Agrarsubventionen zu Verzerrungen vor allem auf dem afrikanischen Markt kommt. Lokale Erzeuger können mit den subventionierten Produkten nicht mithalten. So werden regionale wirtschaftliche Anstrengungen von Kleinbauern zunichte gemacht.

Klar ist, dass nur eine kohärente EU-Politik zu Verbesserungen führt. Wir brauchen genau solche fairen EU-Entscheidungen für wirtschaftliche Entwicklung, die letztlich nämlich beiden Partner, Afrikanern wie EU-Bürgern, zu Gute kommt.

Bei der Ressourcennutzung geht es uns um Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit. Hier ist z. B. die Transparenzrichtlinie der EU ein erster wichtiger Schritt. Denn nur, wenn zugänglich und verständlich Informationen über Zahlungen von z.B. Bergbau- oder Erdölfirmen an staatliche Stellen vorliegen, können die Bürger der Länder, in denen abgebaut wird, die Einnahmen ihres Staates kontrollieren und die Fragen der Verteilung also der sinnvollen Einnahmenverwendung in ihrer Gesellschaft diskutieren. Für staatliche Institutionen – wie z.B. den Steuerbehörden – ist das ebenfalls von immenser Bedeutung.

Auch bei den Verhandlungen der EU mit den Staaten in Afrika, Asien und im pazifischen Raum über den Abschluss von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, den sogenannten EPAs, erheben wir Sozialdemokraten selbstverständlich die Forderung, dass diese Abkommen entwicklungsfördernd sein müssen.

3. Wir wollen die Stabilität in Afrika erhöhen. Denn in fragilen Staaten leidet die Bevölkerung besonders - unter großer Armut, Gewalt und politischer Willkür. Betroffen hiervon sind Frauen, Kinder und ethnische oder religiöse Minderheiten. Fragile Staaten können die Sicherheit der Bevölkerung und deren Zugang zu sozialen Grunddiensten nicht gewährleisten. Sie weisen nicht nur ein höheres Maß an Armut und sozialer Ungleichheit auf, sondern stellen auch ein regionales und internationales Sicherheitsrisiko dar.

Die Staatengemeinschaft darf diese Länder – trotz der schlechten Regierungsführung – nicht von jeglicher Zusammenarbeit ausschließen, sondern muss behutsam auf eine Verbesserung der Lage hinwirken. Dabei spielt die Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle. Je nach Land beinhaltet diese Zusammenarbeit Not leidende Bevölkerungsgruppen zu schützen, Selbsthilfe zu fördern, Reformkräfte zu stärken und bei Regierungen Verhaltensänderungen zu bewirken.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir fest geschrieben, dass die globalen Herausforderungen nur in internationaler Zusammenarbeit und in einem koordinierten Einsatz aller Instrumente der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu bewältigen sind.

Diese ressortübergreifende Kooperation wollen wir ausdrücklich auch in der Friedenspolitik stärken, etwa bei der Krisenprävention und der Konfliktbewältigung. Und daher wollen wir auch die deutsche Institutionen für Friedensförderung und Friedensforschung – wie das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF), das Forum Ziviler Friedensdienst (forum ZFD), die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung Friedensforschung – künftig noch stärker in die Politikberatung einbeziehen.

Im Bereich der zivilen Krisenprävention ist es auch Auftrag und Mahnung, die UN-Resolution 1325 mit Leben zu füllen. In ihr wurden erstmals Konfliktparteien dazu aufgerufen, die Rolle der Frauen zu stärken und ihre herausragende Bedeutung bei Konfliktschlichtung und Wiederaufbau stärker zu nutzen, sie bei Friedensverhandlungen besser zu berücksichtigen und einzubeziehen.

4. Wir wollen die Interessen und Anliegen Afrikas stärker in den Focus der internationalen Beratungen und Gipfel stellen. Das geht vom EU-Afrika-Gipfel in Brüssel im April 2014 über die deutsche G8-Präsidentschaft im nächsten Jahr bis hin zum MDG/SDG-Prozess. Dabei sollte auch die Zivilgesellschaft besser einbezogen werden.

Zum Schluss meiner Rede auch noch einige Anmerkungen zum Antrag der Linken: Man könnte ihren Anträgen mehr abgewinnen, wenn sie mal verbal abrüsten würden. Ich zitiere als Beispiel nur folgenden Satz ihres Antrags: „Die Menschen Afrikas sind ein weiteres Mal Opfer der kapitalistischen Industrialisierung des Nordens“.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Süd-Süd-Kooperationen sind nebenbei bemerkt auch nicht „antikapitalistisch“; es kommt bei allem wirtschaftlichen Handeln darauf an, dass das, was in einem Land erarbeitet wird, auch der Bevölkerung zu

Gute kommt. Gerade deshalb sind ja solche Initiativen wie die EU-Transparenzrichtlinie von großer Bedeutung.

Sie zeichnen mit solchen Sätzen auch ein sehr eindimensionales Bild von Afrika, von dem ich nicht glaube, dass es den Entwicklungen auf dem afrikanischem Kontinent gerecht wird.